Nach den auf der Internetseite des Bamf öffentlich zugänglichen Informationen gehört Albanien zu den sicheren Herkunftsländern.

Außerdem findet man dort folgenden Hinweis:

„Antragstellende aus sicheren Herkunftsstaaten sind verpflichtet, bis zur Entscheidung des Bundesamtes in der für ihre Aufnahme zuständigen Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Wird ihr Asylantrag als "offensichtlich unbegründet" oder "unzulässig" abgelehnt, gilt dies sogar bis zu ihrer Ausreise. Während dieser Zeit dürfen sie nicht arbeiten und das in ihrer Aufenthaltsgestattung genannte Gebiet vorübergehend nur dann verlassen, wenn sie eine Erlaubnis vom Bundesamt erhalten.“

Die Anerkennungsquote für Asylbewerber aus Albanien betrug 2017 bei Erstanträgen 0,2% gestellte Folgeanträgen wurden alle abgelehnt, demzufolge betrug die Anerkennungsquote dort 0%.

Dies vorangestellt erbitten wir von der Verwaltung die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieviel albanische Staatsangehörige sind derzeit in Halle gemeldet?
2. Wieviel albanische Staatsangehörige sind derzeit in Halle gemeldet und befinden sich in einem laufenden Asylverfahren?
3. Wohnen albanische Staatsangehörige mit laufenden Asylverfahren in Halle in von ihnen selbst oder durch die Stadt Halle oder Dritte angemieteten Wohnungen?
4. Aufgrund welcher Rechtsgrundlage befinden sich albanische Staatsangehörige mit laufenden Asylverfahren in Halle in von ihnen selbst oder durch die Stadt Halle oder Dritte angemieteten Wohnungen?
5. Wie viele albanische Staatsangehörige, die derzeit in Halle gemeldet sind, beziehen Leistungen nach dem SGB II?
6. Wie viele albanische Staatsangehörige, die derzeit in Halle gemeldet sind, beziehen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz?
7. Wie viele albanische Staatsangehörige, die derzeit in Halle sind befinden sich in sogenannten Maßnahmen durch das Jobcenter bzw. in Sprachkursen?

gez. A. Raue
Fraktionsvorsitzender der AfD Stadtratsfraktion